

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Thomas Seitz, Martin Erwin Renner, Corinna Miazga, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksachen 19/18181, 19/18185, 19/18187, 19/18189 –**

**Korrekturbitten des Ressorts des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) im August 2019
(Nachfragen zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7472)**

Vorbemerkung der Fragesteller

Kleine Anfragen sind ein Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion des Deutschen Bundestages und Ausfluss des Demokratieprinzips. Aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) und Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 GG folgt ein Fragerecht und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung, an dem die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen als Zusammenschlüsse von Abgeordneten nach Maßgabe der Ausgestaltung in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages teilhaben und mit dem grundsätzlich eine Antwortpflicht der Bundesregierung korrespondiert (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 1. Juli 2009 – 2 BvE 5/06).

Während andere Schriftliche Fragen über Anzahl und Anlass von an Medien gerichteten Korrekturbitten bei objektiv unzutreffender Berichterstattung noch von der Bundesregierung detailliert nach Datum, Behörde, Medium und Anlass beantwortet wurden (Bundestagsdrucksache 19/4421, Antwort auf die Schriftlichen Fragen 54 und 55), verweigert sich die Bundesregierung nach Ansicht der Fragesteller in ihrer Antwort auf Bundestagsdrucksache 19/7472 einer detaillierten Beantwortung gleichgerichteter Fragen seitens der Fragesteller.

Gefragt war in Frage 1: „Welche Bundesministerien, obersten Bundesbehörden und oberen Bundesbehörden mit Ausnahme des BND, des MAD, des BfV und des BKA haben seit dem Jahr 2001 aufgrund welcher Veröffentlichungen mittels anwaltlicher Hilfe oder ohne anwaltliche Hilfe an Medien Korrekturbitten verschickt (bitte nach Bundesministerien, obersten Bundesbehörden, oberen Bundesbehörden, Datum, Medium, Anlass und den jeweiligen Kosten aufschlüsseln)?“. Gefragt war somit nach einer detaillierten Aufschlüsselung von Korrekturbitten an Medien. Die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/7472 lautete darauf: „Eine Gesamtübersicht der mittels anwaltlicher Hilfe oder ohne anwaltliche Hilfe gegebenen Hinweise liegt nicht vor.“

Da nicht nach einer Gesamtübersicht gefragt war, sondern nach konkret und detailliert aufzuschlüsselnden Korrekturbitten, muss die Bundesregierung nach Ansicht der Fragesteller nochmals zu dieser Thematik befragt werden.

Vorbemerkung der Bundesregierung

1. Die unter oben genannten Bundestagsdrucksache aufgeführten nahezu gleichlautenden, aus zwei Fragen bestehenden Kleinen Anfragen der Fraktion der AfD unterscheiden sich lediglich im Hinblick auf die betroffene Behörde und den abgefragten Zeitraum, für die die Korrekturbitten gegenüber den Medien erfragt wird. Im Interesse der Übersichtlichkeit der Beantwortung der Anfragen für die Fragesteller wurden die Antwortbeiträge sortiert nach Behörden in einer tabellarischen Übersicht zusammengefasst.
2. Die Behörden des Ressorts des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) geben in Einzelfällen einem Medium dann einen Hinweis, wenn veröffentlichte Informationen oder Angaben über die Bundesregierung objektiv unzutreffend wiedergegeben sind und die Behörden einen Hinweis für geeignet und angemessen erachten.
3. Eine Verpflichtung zur Erfassung dieser Hinweise besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt. Die nachfolgenden Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen und sind somit möglicherweise nicht vollständig. Auf dieser Grundlage können für die abgefragten Zeiträume die in der nachfolgend abgebildeten Übersicht dargestellten Hinweise für die abgefragten Behörden mitgeteilt werden.
4. Eine mit Frage 2 erbetene Darstellung entstandener Verwaltungsaufwände kann nicht erfolgen. Solche Aufwände können nicht gesondert beziffert werden, da sie Teil der üblichen Aufgaben der Behördenbediensteten sind.
5. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/7472 Bezug genommen.
 1. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im August 2019 bei Medien unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?
 1. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im August 2019 bei Medien ohne Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?
 - a) Wenn ja, wie viele der Korrekturbitten erfolgten ausschließlich fernmündlich?
 - b) Wenn ja, wie viele der Korrekturbitten erfolgten in Textform?
 1. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) im August 2019 bei Medien unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?

1. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, das Bundesverwaltungsamt (BVA) im August 2019 bei Medien unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?
2. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik im August 2019 bei Medien ohne Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?
 - a) Wie viele der Korrekturbitten erfolgten ausschließlich fernmündlich?
 - b) Wie viele der Korrekturbitten erfolgten in Textform?
2. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, die Bundeszentrale für politische Bildung im August 2019 bei Medien unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?
2. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im August 2019 bei Medien ohne Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?
2. Hat, und wenn ja, aus welchen Anlässen, das Bundesverwaltungsamt im August 2019 bei Medien ohne Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe um Korrekturen von Berichterstattungen ersuchen lassen (bitte jeweils nach Datum, Medium, Anlass und Kosten auflisten)?
 - a) Wie viele der Korrekturbitten erfolgten ausschließlich fernmündlich?
 - b) Wie viele der Korrekturbitten gemäß erfolgten in Textform?

Die Fragen 1 und 2 werden mit nachfolgender Übersicht zusammen beantwortet:

BT-Drs.	Behörde	Zeitraum	Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe (ja/nein)	Datum (T.MM.JJJJ)	Medium	Anlass	Kosten in EUR
19/18187	BMI	August 2019	Es liegen keine Informationen zu			Korrekturbitten zum angefragten Zeitraum vor	
19/18181	BSI	August 2019	ohne	07.08.2019	dpa/FAZ	Im August 2019 ist in der FAZ ein Interview mit BSI-Präsident Schönbohm erschienen. Dieses Interview hat die Nachrichtenagentur dpa aufgegriffen und als Anlass für eigene Meldungen genutzt, die Bezug auf das Interview und darin getätigte Aussagen des BSI-Präsidenten genommen haben. In einer dieser Meldungen hat die dpa jedoch fälschlicherweise einen Satz aus einer Frage der FAZ als Zitat von Herrn Schönbohm verbreitet. Die dpa hat korrigiert.	keine
19/18185	BpB	August 2019	Es liegen keine Informationen zu			Korrekturbitten zum angefragten Zeitraum vor	
19/18189	BVA	August 2019	Es liegen keine Informationen zu			Korrekturbitten zum angefragten Zeitraum vor	